



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2016

---

## **Die Revisionsstelle und das Audit Committee : Neue Erkenntnisse aus dem Zürcher Kommentar**

Eberle, Reto ; Lengauer, Daniel

Abstract: Prof. Dr. Reto Eberle (Audit Partner, KPMG) und Dr. Daniel Lengauer (Partner, Kellerhals Carrard) haben sich für den Zürcher Kommentar in den vergangenen Jahren intensiv mit den rechtlichen Vorschriften zur Revision in der Schweiz beschäftigt. In diesem Beitrag stellen die beiden Autoren wichtige Erkenntnisse für das Audit Committee vor.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-126565>

Journal Article

Published Version

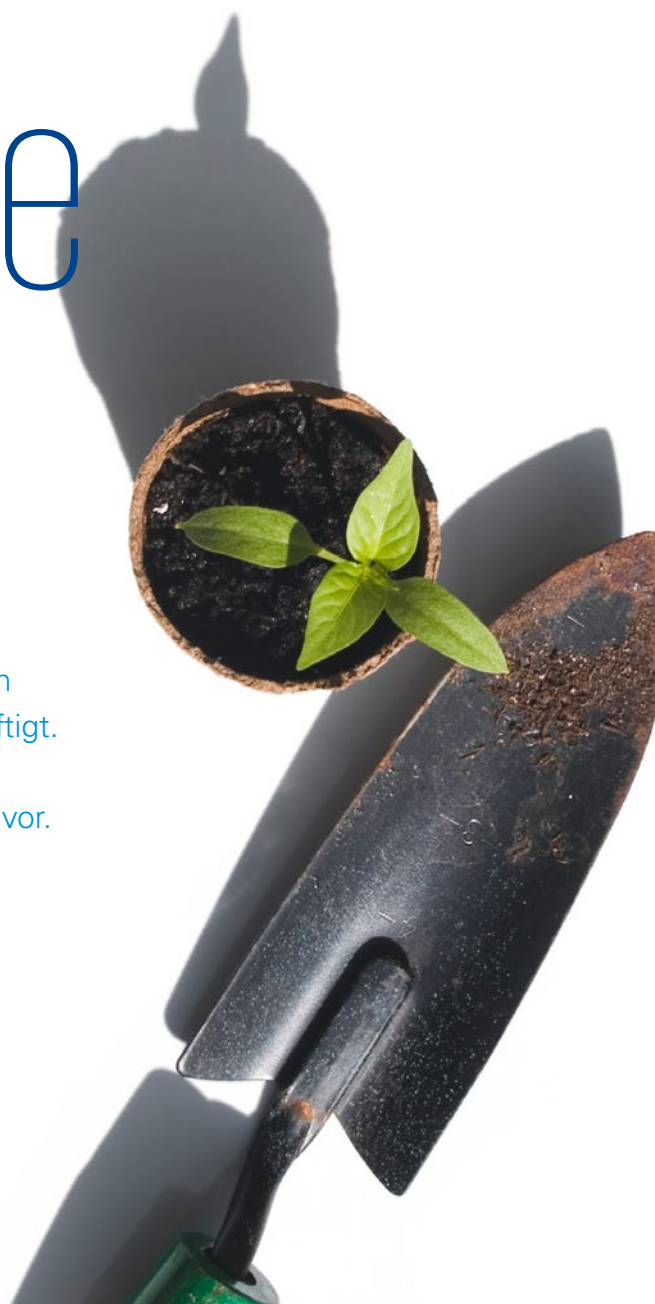
Originally published at:

Eberle, Reto; Lengauer, Daniel (2016). Die Revisionsstelle und das Audit Committee : Neue Erkenntnisse aus dem Zürcher Kommentar. Audit Committee News, Q3(54):23-25.

# Die Revisionsstelle und das Audit Committee

## Neue Erkenntnisse aus dem Zürcher Kommentar

Prof. Dr. Reto Eberle (Audit Partner, KPMG) und Dr. Daniel Lengauer (Partner, Kellerhals Carrard) haben sich für den Zürcher Kommentar in den vergangenen Jahren intensiv mit den rechtlichen Vorschriften zur Revision in der Schweiz beschäftigt. In diesem Beitrag stellen die beiden Autoren wichtige Erkenntnisse für das Audit Committee vor.



## Einleitung

Die Grundordnung der Aktiengesellschaft wird in der Schweiz durch das Aktienrecht geregelt. Im Zusammenspiel der drei gesetzlich vorgeschriebenen Organe Generalversammlung, Verwaltungsrat und Revisionsstelle sollen die Interessen des Unternehmens, der Aktionäre, der Gläubiger und nicht zuletzt der Öffentlichkeit geschützt werden. Dazu werden die Rechte und Pflichten der Organe geregelt.

Der Bundesrat hat am 28. November 2014 einen Vorentwurf für die Revision des Aktienrechts in die Vernehmlassung geschickt. Dabei sollen auch Anpassungen beim Revisionsrecht erfolgen. Die Bestimmungen zur Revision waren im Juni 2015 auch Gegenstand einer parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Daniela Schneeberger, mit welcher die Vorschriften zur Unabhängigkeit bei der eingeschränkten Revision abgeschwächt werden sollen. Im Entwurf zum neuen Aktienrecht, welcher gegen Ende dieses Jahres erwartet wird, dürften diese Überlegungen noch nicht eingeflossen sein. Vielmehr hat der Bundesrat vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement Abklärungen zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Bereich des Revisions- und Revisionsaufsichtsrechts verlangt.

Diese Entwicklungen sind für Mitglieder von Audit Committee bzw. Verwaltungsräten relevant, weil es sich dabei um Themen handelt, die ihren Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich betreffen.

## Revisionsrecht 2005

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich die 2005 vom Parlament angenommenen und auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzten Bestimmungen zur Revision bewährt haben. Dies geht auch aus einem Bericht des Bundesrates über die Regulierungskosten vom Dezember 2013 hervor, in welchem die **Kosten von Revision** und Rechnungslegung von den betroffenen Unternehmen als generell vertretbar bezeichnet wurden. Im Gegensatz zur Erhebung der Kosten der Revision untersuchte eine vom Lehrstuhl für Auditing der Universität Zürich und swiss economics im Auftrag der Treuhand-Kammer (heute: EXPERTsuisse) verfasste Studie den **Nutzen der Wirtschaftsprüfung**. Auch darin kamen die Verfasser auf Basis eines qualitativen Studiendesign zum Schluss, dass die Revision einen hohen Nutzen hat, da diese mit der Validierung von Informationen massgeblich dazu beiträgt, Informationsdefizite bei unterschiedlichen Anspruchsgruppen zu verringern. Weil die Anzahl der Anspruchsgruppen und deren Informationsbedürfnisse bei Publikumsgesellschaften am grössten sind, fällt auch ein so verstandener Nutzen bei diesen Gesellschaften am grössten aus. Bei KMU, bei denen eine eingeschränkte Revision durchgeführt wird, ist der Nutzen am geringsten.

Schon kurz nach dem Inkrafttreten des Revisionsrechts 2005 beschloss das Parlament am 23. Dezember 2011 eine weitere Änderung. Die **Schwellenwerte**, die eine ordentliche Revision erforderlich machen, wurden von 10 Mio. Franken Bilanzsumme, 20 Mio. Franken Umsatzerlös, und 50 Vollzeit-

stellen auf 20 Mio. Franken Bilanzsumme, 40 Mio. Franken Umsatzerlös und 250 Vollzeitstellen erhöht. Dies führte dazu, dass nur noch etwa 3'500 Gesellschaften (von etwas mehr als 100'000 prüfungspflichtigen Unternehmen) zu einer ordentlichen Revision der Jahresrechnung verpflichtet waren, nachdem für wenige Jahre etwas über 20'000 Gesellschaften diese Pflicht zu erfüllen hatten. Diese Änderung wird – nicht zuletzt aufgrund der erwähnten Studien – kontrovers diskutiert. Tatsache ist, dass die eingeschränkte Revision damit die in der Schweiz am weitesten häufigsten angewendete Revisionsart darstellt.

## Die Bedeutung der Selbstregulierung

Neben dem formellen Revisionsrecht, welches die Pflicht zur Revision und die Zulassung der Revisoren umfasst, wird das **materielle Revisionsrecht, das die Art und Weise der Durchführung der Revision regelt**, stark durch die Selbstregulierung des Berufsstandes geprägt. Daher sind von den Revisoren z.B. bei der ordentlichen Revision die Schweizer Prüfungsstandards (PS) und bei einer eingeschränkten Revision der Standard zur Eingeschränkten Revision (SER) zu befolgen. Insbesondere die den Schweizer Prüfungsstandards zugrundeliegenden internationalen Vorschriften, die International Standards on Auditing (ISA), erstrecken sich auf über 1'000 Seiten und werden ständig weiterentwickelt. Die grossen Revisionsunternehmen haben die ISA in eigene «Prüfungsmethodologien» verarbeitet, die weitgehend elektronisch unterstützt werden. Mit diesen standardisierten Prüfungsabläufen, bedeutenden Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden und internen Kontrollen (z.B. in Form von Engagement Quality Control Reviews) schaffen Revisionsunternehmen die notwendigen Voraussetzungen für die Abschlussprüfungen. Bei den geprüften Unternehmen mag ein zuweilen als zunehmend formalistisch empfundenes Vorgehen der Revisionsstellen zum Teil gerade auf diesen methodologischen Ansatz zurückzuführen sein. Andererseits ist festzuhalten, dass Standes- und Berufsregeln ein berechtigtes Vertrauen auslösen können: einerseits bei den Revisoren, die davon ausgehen können, dass sie sich im Falle der Befolgung solcher Regelwerke rechtskonform verhalten, andererseits bei den geprüften Unternehmen, welche ihrerseits annehmen können, dass diese Regeln durch die Revisionsstellen selbst eingehalten werden. Dem Berufs- und Standesrecht kommt als Sorgfaltsmassstab eine grosse Bedeutung zu, weil die Einhaltung der Prüfungsstandards zur Vermutung führt, dass eine Prüfung von hoher Qualität resultiert, wohingegen die Missachtung dieser Standards der Revisionsstelle regelmässig als Sorgfaltspflichtverletzung angelastet wird.

## Verbesserungsvorschläge für die Aktienrechtsrevision

Die Autoren haben im Rahmen der Kommentierung in einigen Punkten Mängel geortet und Verbesserungsvorschläge aufgezeigt. Es handelt sich zum Teil um rein juristische Aspekte, zum Teil aber auch um Sachverhalte, die für das Audit Committee von grosser Bedeutung sind. Dazu zählen namentlich die Einhaltung der Unabhängigkeitsvorschriften, die Anzeigepflichten der Revisionsstelle an die Generalver-

sammlung oder die Pflichten der Revisionsstelle in einer Überschuldungssituation:

- **Unabhängigkeit:** Die Auslegung des Unvereinbarkeitstatbestands der «engen Beziehungen» führt bei der **ordentlichen Revision** zu Unsicherheiten. So wird dieser Unvereinbarkeitstatbestand teilweise breiter verstanden als in den Regularien des Berufsstandes, die weltweit verbreitet sind und angewendet werden. Rechtssicherheit könnte durch eine gesetzliche Regelung der familienrechtlichen bzw. verwandtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden, wie bei der Zivilprozessordnung (ZPO) und der Strafprozessordnung (StPO) die Reichweite der familienrechtlichen bzw. verwandtschaftlichen Verhältnisse gesetzlich geregelt werden. Bei der **eingeschränkten Revision** ist die Frage umstritten, ob die gleichen Anforderungen an die Unabhängigkeit wie bei der ordentlichen Revision gelten sollen. Diese Fragestellung stellt denn auch Gegenstand der erwähnten parlamentarischen Initiative dar. Das Gesetz enthält hierzu keine Regelung. Ob die Vorschriften der ordentlichen Revision sinngemäss anwendbar sind oder nicht, sollte durch den Gesetzgeber geregelt werden. Zurzeit ist es weiter erforderlich, dass sog. Spezialprüfungen (z.B. Kapitalerhöhung durch Sacheinlage oder Verrechnung) durch einen zugelassenen Revisionsexperten erfolgen müssen. Bei KMU kann dies den Beizug eines zusätzlichen Prüfers erforderlich machen, wenn die Revisionsstelle nicht über die notwendige Zulassung verfügt. Zudem fehlt es an einer ausdrücklichen Regelung zum Geltungsbereich der Unabhängigkeitsvorschriften in solchen Situationen. Die Unabhängigkeitsvorschriften für die **Spezialprüfungen** bei Gesellschaften, deren Jahresrechnungen eingeschränkt geprüft werden können, sollten geregelt werden.
- **Anzeigespflicht:** Die Revisionsstelle ist nach Art. 728c Abs. 2 OR verpflichtet, wesentliche **Gesetzesverstösse der Generalversammlung** zu melden. Diese Anzeigespflicht sollte nach Ansicht der Autoren überdacht werden, weil insbesondere bei grösseren Gesellschaften mit vielen Aktionären die Generalversammlung nicht der geeignete Ort ist, um Straftaten zu verkünden und abzuhandeln. Die Anzeigespflicht an die Generalversammlung bei Gesetzesverstössen sollte präzisiert werden. Unterlässt der Verwaltungsrat einer **offensichtlich überschuldeten Gesellschaft die Anzeige beim Konkursrichter**, hat nach Art. 728c Abs. 3 OR die Revisionsstelle das Gericht zu benachrichtigen. Vor einer solchen Anzeige kann abgesehen werden, sofern eine unverzügliche Sanierung der Gesellschaft möglich ist. In der Lehre und der Praxis sowie in der Rechtsprechung finden sich unterschiedliche Aussagen, innerhalb welcher Frist diese Anzeige erfolgen soll. Der Berufsstand geht richtigerweise davon aus, dass eine Betrachtung im Einzelfall vonnöten ist. Dennoch findet sich im entsprechenden Prüfungsstandard die Aussage, dass diese Frist im Normalfall vier bis sechs Wochen nicht überschreiten sollte. Eine Berücksichtigung der konkreten Umstände im Einzelfall ist für die Autoren die sachgerechtere Lösung. Die geltende Regelung ist daher ausreichend. Gesetzliche Sanierungsfristen lehnen die Autoren ab.
- **Haftung der Revisionsstelle:** Art. 759 des Vorentwurfs sieht vor, dass die Revisionsstelle auch im Aussenverhältnis nur im Umfang der im Innenverhältnis auf sie entfallenden Quote haften soll. Dieses Postulat zeugt von einem gewissen Unbehagen gegenüber der aktuellen Ordnung. Geprüft werden sollte auch, ob der Gesetzgeber eine optionale statutarische Haftungsbeschränkung vorsehen könnte. Die Hauptursache für die Haftung der Revisionsstelle ist der «Expectation Gap». Obschon es in der Lehre und der Rechtsprechung unbestritten ist, dass die Geschäftsführung nicht Prüfungsgegenstand ist, hält sich in der öffentlichen Meinung hartnäckig die Ansicht, die Revisionsstelle habe auch die Geschäftsführung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung zu prüfen, das ganze Unternehmen zu durchleuchten und sämtliche Fehler aufzudecken. Diese Ansicht verkennt, dass einer Prüfung international, aber auch in der Schweiz ein Risikomodell zugrunde liegt. Die Zielsetzung einer Revision ist es, wesentliche falsche Angaben in der Jahresrechnung mit hinreichender Sicherheit zu erkennen. Auch dieser Aspekt ist bei der Frage des adäquaten Kausalzusammenhangs zwischen dem Schaden und dem pflichtwidrigen Verhalten zu würdigen. Das Konzept des risikoorientierten Prüfungsansatzes sollte folglich in Art. 728a OR festgehalten werden.
- Weitere Punkte, die aufgrund von praktischen Erfahrungen geregelt werden sollten, betreffen den **Informationsaustausch** zwischen der alten Revisionsstelle und der neuen Revisionsstelle bei einem Wechsel, die **Einsichts- und Herausgaberechte** der geprüften Gesellschaft im Zusammenhang mit der Prüfungsdokumentation (Arbeitspapiere) sowie die **Rechtsfolge bei Mängeln**: Art. 731 Abs. 3 OR enthält eine gesetzliche Anordnung der Rechtsfolge (Nichtigkeit), wenn der Revisionsbericht nicht vorliegt. Von Nichtigkeit sollte nur in Ausnahmefällen ausgegangen werden. Die bestehende Regelung in Art. 706b OR reicht aus. Art. 731 Abs. 3 OR sollte deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Zusammenfassend sind die Autoren nach einer intensiven Auseinandersetzung mit den Bestimmungen zur Revision zum Schluss gekommen, dass kein dringender Handlungsbedarf besteht, das Revisionsrecht anzupassen. Die 2005 neu geschaffene Ordnung der Revision hat sich weitgehend bewährt. Wünschenswert wäre, dass die umfassende und international verbreitete Selbstregulierung eine stärkere Beachtung bei der Rechtsanwendung fände. Bei der Ausarbeitung neuer oder der Überarbeitung bestehender Vorschriften würden es die Autoren begrüßen, wenn der Gesetzgeber vermehrt wissenschaftliche, aber auch empirische Erkenntnisse berücksichtigt.



**Reto Eberle**

Prof. Dr., dipl. Wirtschaftsprüfer,  
Audit Partner, KPMG



**Daniel Lengauer**

Dr. iur, Rechtsanwalt, LL.M.,  
Partner, Kellerhals Carrard

# Zürcher Kommentar zum Revisionsrecht

Im neu erschienen Band des Zürcher Kommentars werden die Bestimmungen zur Revision mit einem interdisziplinären Ansatz von Reto Eberle (Wirtschaftsprüfer) und Daniel Lengauer (Rechtsanwalt) umfassend auf rund 1'000 Seiten kommentiert. Der Zürcher Kommentar zeichnet sich als Referenzwerk einer Grosskommentierung des Schweizerischen Zivilrechts aus und prägt damit die juristische Literatur des Privatrechts in der Schweiz seit Jahrzehnten massgeblich mit. Die Autoren geben im einführenden Teil einen Überblick zur Entstehungsgeschichte der Bestimmungen zur Revision seit dem Obligationenrecht 1881, setzen sich im Detail mit der Organstellung der Revisionsstelle auseinander, erörtern die Schutzadressaten der Revision und analysieren die Rechtsquellen zur Revision. Dabei wird auch auf die europäischen Regelungen eingegangen. Kernstück der Kommentierung sind Ausführungen zur Vorgehensweise des Revisors bei der Prüfung, der Berichterstattung und wenn die Gesellschaft überschuldet ist. Dargestellt werden auch die Rechtsfolgen bei Mängeln in der Revision.

Die hierin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und beziehen sich daher nicht auf die Umstände einzelner Personen oder Rechtsträger. Obwohl wir uns bemühen, genaue und aktuelle Informationen zu liefern, besteht keine Gewähr dafür, dass diese die Situation zum Zeitpunkt der Herausgabe oder eine künftige Situation akkurat widerspiegeln. Die genannten Informationen sollten nicht ohne eingehende Abklärungen und professionelle Beratung als Entscheidungs- oder Handlungsgrundlage dienen. Bei Prüfkunden bestimmen regulatorische Vorgaben zur Unabhängigkeit des Prüfers den Umfang einer Zusammenarbeit.

© 2016 KPMG AG ist eine Konzerngesellschaft der KPMG Holding AG und Mitglied des KPMG Netzwerks unabhängiger Mitgliedsfirmen, der KPMG International Cooperative («KPMG International»), einer juristischen Person schweizerischen Rechts. Alle Rechte vorbehalten.